

L1 Weil's sein muss. Klimaschutz in BW

Antragsteller*in: Deniz Gedik, Lea Elsemüller, Aya Krkoutli,
Isabella Hoyer, Sarah Heim, Julian
Dietzschold, Alexander Mansel, Lorenz
Hornung (beschlossen am: 20.11.2019)
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Leitantrag
Status: Modifiziert

Antragstext

1 How dare you?
2
3
4

5 Spätestens nach den breiten #FridaysforFuture Protesten oder den
öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Extinction Rebellion kommt die Debatte um
mehr Klimaschutz in Fahrt. Und es ist höchste Zeit.

6 Der IPCC (International Panel on Climate Change) berechnet das noch übrige
7 globale CO₂-Budget auf 340 Gigatonnen. In Deutschland haben wir so noch rund
8 3,76 Gigatonnen an CO₂ das wir ausstoßen dürfen, um das Ziel 1,5°C Erderwärmung
9 wahrscheinlich einzuhalten. Die globalen Landmassen sind dabei schon jetzt im
10 Durchschnitt bei 1,5°C Erwärmung und mit den Ozeanen und Meeren sind wir im
11 Durchschnitt bereits heute bei 1°C globaler Erwärmung. Während der zeitliche
12 Rahmen zum Handeln schrumpft befindet sich der politische Wille weiterhin im
13 Dornröschenschlaf. In 8 Jahren wäre beim momentanen "Weiter-So" und einem
14 stagnierendem Ausstoß unser CO₂-Budget bereits verbraucht.

15 Der Politik fehlt es an vielen Stellen jedoch noch am nötigen Mut. Oft wird die
16 Verantwortung zu Handeln auf andere politische Ebenen geschoben und anstatt
17 große Steine ins Rollen zu bringen wird lieber ein symbolischer Preis von 10 €
18 je Tonne CO₂ auf Bundesebene beschlossen. Das muss sich ändern!

19 Zur Transformation unserer Gesellschaft hin zur Klimaneutralität braucht es
20 radikale Maßnahmen. It's our fucking future!

21 1. Mobilität und Stadtplanung

22 Der Verkehrssektor ist in der klimaneutralen Transformation im Vergleich zur
23 Stromerzeugung das schwarze Schaf in der Familie. Dabei spielt die Frage, wie
24 wir uns zukünftig von A nach B bewegen, eine zentrale Rolle im Klimaschutz. In
25 Baden-Württemberg befeuert der Verkehrssektor weiterhin die Klimakrise: mit fast
26 30% der Treibhausgasemissionen hat der Verkehr, trotz technischen Fortschritten,
27 eine noch größere Klimaauswirkung als 1990.

28 Nachhaltige Stadtplanung setzt hier schon an, indem sie kurze Wege bevorzugt.
29 Die "Stadt der kurzen Wege" verhindert das Aufkommen von langen Staus und
30 riesigen Pendler*innenströmen, da es gemischte Quartiere aus u.a.
31 Arbeitsplätzen, Wohnräumen und Einzelhandel gibt. Die Menschen müssen so nicht
32 kilometerweit in die nächste Stadt oder das Stadtzentrum fahren um ihrer
33 Erwerbsarbeit nachzugehen. Attraktive und schnelle Gehwege, sowie gut ausgebaute
34 Radinfrastruktur und fahrradfreundliche Ampeltaktungen motivieren Menschen sich
35 emissionsfrei fortzubewegen.

36 Herabgesetzte Fußwege , sichere Straßenüberquerungen, Zebrasteifen und
37 verkehrsberuhigte Stadtteilzentren ermöglichen barrierefreie und
38 kinderfreundliche Fortbewegung zu Fuß.

39 Die Klimakrise führt heute schon an vielen Tagen des Jahres extrem hohe
40 Temperaturen herbei.

41 Gerade vulnerable Gruppen, wie alte Menschen und Kinder verdienen besonderen
42 Schutz durch städtebauliche Maßnahmen. Grüne Naherholungsoasen,
43 Frischluftschneisen und Schatten spendende Stadtbäume sind dafür sehr wichtig.
44

45 Durch intensive Stadtbegrünung gerade in Stadtzentren sollen Hitzezonen, in
46 denen sich die heiße Luft anstaut, verhindert werden. Künstliche Wasserbäche,
47 die quer durch die Stadtzentren verlaufen könnten ebenfalls angestaute Hitze aus
48 dem Stadtkern transportieren. Damit sich die Städte erst gar nicht so stark
49 erhitzen, können Hausfassaden weiß gestrichen und zukünftig hellere
50 Pflastersteine als Straßenbelag verwendet werden. Um mittel- und langfristig
51 mehr Grün in die urbanen Zentren zu bringen und damit das Stadtklima zu
52 verbessern, unterstützen wir die Idee der Superblocks. Ganze autofreie
53 Straßenabschnitte könnten so für Mensch und Natur und nicht für die Autos da
54 sein. Die Flächen, die durch die wegfallenden Parkplätze frei werden könnten mit
55 Fahrradstellplätzen, Bäumen, Stadtgärten und Bänken versehen werden. Straßen
56 wären dann Zentren der Begegnung, grüne Naherholungsorte und nicht Plätze des
Parkens und Hupens.

57 Gerade in Städten, aber auch auf dem Land braucht es einen massiven Ausbau der
58 Radinfrastruktur. Innerstädtisch braucht es so z.B. mehr Radstellplätze,
59 lückenlose Radwege und mehr Platz für Radsharing. Konzepte wie Parkhäuser nur
60 für Fahrräder und das Sharing von (E-)Lastenrädern begrüßen wir. Zwischen und
61 innerhalb von Kommunen muss der Bau von Radschnellwegen forciert werden.
62 Außerdem braucht es die Möglichkeit an einer Kreuzung bei rot mit dem Rad rechts
63 abzubiegen.

64 Auch für den Einzelhandel braucht es City-Logistik-Konzepte wie E-Lastenräder,
65 die emissionsfrei Waren von A nach B transportieren. Damit der Güterverkehr
66 wieder vermehrt von der Straße auf die Schiene kommt wollen wir die LKW Maut auf
67 Landes- und Kommunalstraßen ausweiten und erhöhen.

68 Im Personenverkehr braucht es eine multi-modulare vernetzte Mobilität.
69 Ökologisch, sozial, barrierefrei und Baden-Württemberg weit. Innerstädtisch muss
70 der ÖPNV ausgebaut, die Taktung verbessert und die Schnittstellen zu anderen
71 Verkehrsträgern erweitert werden. Den Kommunen soll durch die Einführung einer
72 Nahverkehrsabgabe ermöglicht werden die Finanzierung ihres Nahverkehr auf ein
73 stabiles Fundament zu stellen.

74 Bahnhöfe müssen wieder als Mobilitätszentren fungieren und verschiedene
75 Verkehrsträger zusammen bringen. Hierfür braucht es u.a. einen Ausbau von
76 Radsharing Angeboten an Bahnhöfen. Die Elektrifizierung der Züge in Baden-
77 Württemberg muss zügig abgeschlossen und viele einspurige Strecken dringend
78 ausgebaut werden. Beim Neubau von Strecken, Bahnhöfen und ÖPNV-Struktur müssen
79 zukünftige Entwicklungen und größere Kapazitäten eingeplant werden. Der Umstieg
80 von der Straße auf die Schiene kann nur dann gelingen, wenn auch die nötigen
81 Kapazitäten vorhanden sind und die Züge zu den Stoßzeiten nicht völlig
82 überquellen.

83 Stillgelegte Bahnstrecken und Bahnhöfe sollen wieder angeschlossen und
84 reaktiviert werden und jede Kommune in Baden-Württemberg soll von 5 - 24 Uhr mit
85 öffentlichen Verkehrsmitteln mindestens im 1-stündigen Takt erreichbar sein.

86 Es braucht außerdem vom Bund eine stärkere Bahnoffensive mit massiven Mehr-
87 Investitionen. Einerseits muss der Strom, den die Bahn bezieht komplett aus
88 erneuerbaren Energien stammen und andererseits muss die Bahninfrastruktur immens
89 ausgebaut werden um zukünftig die Kapazitäten zu haben viel mehr Menschen zu
90 transportieren. Die Bahn soll nicht zuallererst gewinnorientiert sondern Teil
91 einer Daseinsvorsorge für alle sein.

92 Für eine bessere Mobilitätsgarantie braucht es deutlich mehr Nachtzüge und eine
93 deutliche Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets. Für Baden-Württemberg
94 fordern wir die Einführung eines 365 € Tickets, mit dem jeder Mensch für 1 € am
95 Tag den Nahverkehr im ganzen Bundesland nutzen kann.

96 Der Flugverkehr muss drastisch reduziert und mittelfristig klimaneutral
97 gestaltet werden. Um die Nachfrage zu senken, muss es eine attraktive und
98 kostengünstige alternative Route zum Ausflugsort mit der Bahn geben. Außerdem
99 braucht es endlich eine richtige Besteuerung auf Kerosin, eine Mehrwertsteuer
100 auf Flugtickets und es dürfen keine neuen Investitionen in den Bau von Flughäfen
101 oder den Ausbau von Fluginfrastruktur erfolgen.

102 Bis zum Jahr 2030 soll jedes Auto in Baden-Württemberg klimaneutral sein. Damit
103 diese Verkehrswende gelingt muss das Autoland Baden-Württemberg zum
104 Mobilitätsland werden. Wir brauchen autofreie Innenstädte. Im ländlichen Raum
105 müssen innovative Sharingmodelle als Ergänzung zum ÖPNV entwickelt werden. Autos
106 müssen hierfür, genau entgegen dem aktuellen Trend, immer kleiner und leichter
107 werden, da auch tonnenschwere, ineffiziente E-SUVs keine Lösung sind. Dem
108 gegenwärtigen Trend von immer-wachsenden SUV Verkäufen und Neuzulassungen in
109 Baden-Württemberg muss ernsthaft gegengesteuert werden. Wenn SUV-Fahrer*innen
110 ein Land wären, würden sie weltweit den siebten Platz für CO₂ Emissionen
111 belegen¹¹¹. Wir wollen, dass das Verkehrsministerium in Baden-Württemberg,
112 zusammen mit dem Bund, konkrete Anreizsysteme schafft und diese zeitnah
113 einsetzt. Das belgische Modell ist nur eins von vielen, die hier ausprobiert
114 werden könnten, bestehend aus einer Steuervergünstigung für Fahrradfahrer*innen
115 basierend auf der Zahl von gefahrenen Kilometern und einer flexibleren Regelung
116 von Fahrradmitnahme im ÖPNV und in Zügen. Außerdem müssen Dienstwagen stärker
117 versteuert werden.

118 Es braucht flächendeckende Tempo 30 Zonen und ein Tempolimit 100, dafür braucht
119 es eine Novelle der Straßenverkehrsordnung. Klimaschädliche steuerliche
120 Begünstigung für Diesel und Dienstwagen müssen gestrichen werden. Den Kommunen

121 muss endlich ermöglicht werden Anwohner*innenparken teurer zu machen als 30€ pro
122 Jahr, damit der wertvolle und knappe öffentliche Raum nicht nur für das
123 Abstellen von Fahrzeugen verschwendet wird. Der Vorschlag von 30€ pro Monat als
124 erste Instanz begrüßen wir. Mittelfristig wollen wir dann Autostellplätze
125 innerstädtisch nur noch für emissionsfreie Sharingkonzepte zur Verfügung stellen
126 und den öffentlichen Raum begrünen und den Menschen zurückgeben.

127 2. Erneuerbare Energie

128 In diesem Jahr stammen bereits 43 Prozent des Stroms im bundesweiten
129 Durchschnitt aus erneuerbaren Energien. Baden-Württemberg hinkt hierbei
130 hinterher. Als Bundesland mit viel Industrie decken wir unseren Stromverbrauch
131 nicht aus eigener Kraft und importieren mehr Strom als wir produzieren. Mit dem
132 Atomausstieg und dem erhöhten Strombedarf durch Wärmepumpen, Power-2-Gas oder
133 der Elektrifizierung des Mobilitätssektors wird dies noch zunehmen. Umso
134 wichtiger ist für uns, dass die Energie zukünftig dezentral in Baden-Württemberg
135 gewonnen und damit Wertschöpfung vor Ort in den Kommunen erzeugt wird.

136 Dies wollen wir erreichen in dem landesweit eine Photovoltaik(PV)-Pflicht für
137 Neubauten und sanierte Dächer vorgeschrieben wird. Die Solarenergie wird in
138 Baden-Württemberg zukünftig als eine große Säule der Energieproduktion
139 fungieren. Um dieses Potential zu nutzen wollen wir mehr landeseigene Flächen
140 sowie Randstreifen von Autobahnen und Lärmschutzwände für Erneuerbare Energien
141 zur Verfügung stellen. Auch in Wäldern, die sich im Besitz des Landes oder der
142 Kommunen befinden sollen Standorte für Windräder geprüft und zügig erschlossen
143 werden. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt, Anwohner*innen auch stärker
144 finanziell durch direkte Beteiligungen einbezogen und der dezentrale Ausbau
145 voran gebracht werden. Dies muss selbstverständlich jederzeit unter der
146 Berücksichtigung von den jeweiligen Artenschutzbedingungen in gesetzlich
147 besonders geschütztem Raum (bspw. FFH, Naturschutzgebieten etc.) stattfinden.

148 Der auf Bundesebene vereinbarte Kompromiss der Kohlekommission aus der Kohle bis
149 2038 auszusteigen reicht für uns nicht. Damit wir das 1,5°C Ziel globaler
150 Erderwärmung noch einhalten fordern wir einen deutschlandweiten Kohleausstieg
151 bis 2025 und einen europaweiten Ausstieg bis 2030.

152 Hierfür braucht es im Bund endlich ein Kohleausstiegs- und ein Klimaschutzgesetz.
153 Außerdem muss die Deckelung der Erneuerbaren aufgehoben und das
154 Ausschreibungsmodell reformiert werden, damit auch mehr Windkraftstandorte im
155 Südwesten in Frage kommen. Freiflächen-PV im Außenbereich, wie
156 (Agro)photovoltaik sollten als privilegierte Maßnahmen zugelassen und die
157 Senkung der Mehrwertsteuer auf Windkraftanlagen, ökologische Wärmedämmung und
158 PV-Module geprüft werden.

159 Auch die Forschung von neuen Speichertechnologien und die Förderung von
160 Energieeffizienzmaßnahmen wollen wir finanziell fördern. Neue Investitionen in
161 fossile Infrastruktur und die Renovierung bestehender fossiler Kraftwerke lehnen
162 wir hingegen strikt ab.

163 Gemäß dem Motto "Die alte Energiewelt finanziert die Neue" wollen wir eine
164 zügige Transformation in allen Sparten des Energiesektors einleiten. Ein
165 Schattenpreis von 180 € soll die wahren Kosten für eine Tonne CO₂ erkennbar

166 machen und für Kalkulationen und als Grundlage für zukünftige Entscheidungen
167 gelten.

168
169 Die nötige Lenkungswirkung soll eine CO₂-Bepreisung von rund 60 € / Tonne
170 beginnend vom Jahre 2020 haben, die jährlich um 20 € je Tonne CO₂ steigt. Die
171 Einnahmen der CO₂-Bepreisung fossiler Kraft- und Brennstoffe sollen direkt über
172 ein Energiegeld den Bürger*innen zu Gute kommen. Um dennoch genug Investitionen
173 in die nötigen Zukunftstechnologien tätigen zu können, wollen wir die
174 Schuldenbremse im Bund und auch im Land für Neuverschuldung durch
175 Zukunftsinvestitionen, die der Bekämpfung der Klimakrise, der Anpassung deren
176 Folgen oder für Projekte nachfolgender Generationen (wie der Sanierung von
Schulen) gelten, abschaffen.

177 Der Einbau neuer Ölheizungen soll ab 2020 verboten werden.

178 In der Debatte um die Energiewende wird der Wärmesektor oft übersehen und steht
179 im Schatten der relativ erfolgreichen Stromwende. Auch hier wollen wir
180 nachsteuern. Hierfür muss die kommunale Wärmeplanung weiter gefördert und die
181 vielen regionalen Klimaschutz- und Energieagenturen gestärkt werden.

182 Energiegenossenschaften, Bürger*innensolaranlagen und -Windparks sollen
183 gefördert und die Anwohner*innen, wie in Schleswig-Holstein, von vornherein bei
184 der Umsetzung und Finanzierung von Anlagen einbezogen werden.

185 **3. Landwirtschaft und Ernährung**

186 Auch die Landwirtschaft spielt eine relevante Rolle beim Klimaschutz. Um bis
187 2030 ausreichend Emissionen einzusparen, damit die Erderwärmung auf 1,5°C
188 begrenzt wird, muss die Agrarpolitik u.a. drei bedeutende Schwerpunkte
189 zusammenbringen: den Klimaschutz, die Klimaanpassung und die soziale Realität in
190 den landwirtschaftlichen Betrieben.

191 Auch bei der Auswahl der Landnutzungssysteme sehen wir noch viel
192 Handlungsbedarf. Es muss Anreize geben, in Landbausysteme wie Agroforstsysteme
193 umzusteigen. Unter Agroforst wird der kombinierte Anbau von Gehölzen und
194 landwirtschaftlichen Nutzpflanzen oder Tierhaltung auf einer Fläche verstanden.

195 Auch im Umbau der Fruchtfolgen sehen wir große Potenziale. Der Humusaufbau in
196 landwirtschaftlichen Böden und von Flächen mit bereits hohem Humusgehalt muss
197 gefördert werden. Dies gelingt mit der Vorgabe einer standort- und
198 betriebgerechten Mindestfruchtfolge, die auch humusmehrende Feldfrüchte
199 verwendet. Auch braucht es hier Anreize, wie eine finanzielle Unterstützung bei
200 der Umsetzung. Auch muss der Humusaufbau unter Grünland durch die weidebasierte
201 Tierhaltung und die Erhaltung lebendiger Pflanzen-Wurzel-Netzwerke als
202 Kohlenstoffspeicher und zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit gefördert werden.

203 Die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen durch Überdüngung muss gestoppt
204 werden, denn so wird das Grundwasser geschützt. Hierfür müssen weitreichende
205 Maßnahmen für eine Reduzierung des Stickstoffüberschusses im Boden ergriffen
206 werden.

207 Unsere Moore dienen als natürliche Klimaschützer. Ihre Renaturierung und
208 Wiedervernässung als einer der größten Kohlenstoffspeicher der Erde ist
209 essentiell. Außerdem muss die landwirtschaftliche Nutzung von Mooren bis 2030
210 mit entsprechenden Entschädigungszahlungen an die Landwirt*innen beendet werden.
211 Ausgenommen ist die CO₂-neutrale Nutzung, z.B. durch Paludikulturen. Um dies zu
212 erreichen braucht es ein Moorschutzprogramm und eine Berücksichtigung der Moore
213 in der Naturschutzstrategie des Landes. Außerdem muss auch das Land Flächen mit
214 Mooren erwerben, um Moorrenaturierungen zu ermöglichen.

215 Klimaschutz und Landwirtschaft muss auch in der Ausbildung berücksichtigt
216 werden.

217 Wir müssen Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in die
218 landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung aufnehmen, z.B. durch vertiefende
219 Lehre in der Bodenbiologie. Auch der Ökolandbau muss in vollem Umfang in die
220 Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche Ausbildung aufgenommen
221 werden und Forschung an klimapositiver Landwirtschaft gefördert werden.

222 Auch in den Lehrplänen der Schulen muss Landwirtschaft ein Thema werden. Wir
223 müssen landwirtschaftliche Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis 2025
224 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung mit aufnehmen.

225 Deswegen müssen in der Landwirtschaft Konzepte angewendet werden, die sowohl CO₂
226 einsparen und binden als auch mit steigenden Temperaturen zurechtkommen.

227 Die Einsparung von CO₂ in dem Sektor kann zum einen durch eine deutliche
228 Reduzierung der Viehhaltung gelingen, wodurch auch Methanausstoß und
229 Stickstoffeintrag eingespart wird.

230 Zum anderen gelingt die CO₂-Reduktion durch die Verkürzung der Transportwege in
231 der Landwirtschaft. Transport muss durch eine CO₂-Bepreisung so teuer werden,
232 dass seine Auswirkungen auf das Klima entsprechend abgebildet werden. Dadurch
233 werden regionale Kreisläufe wesentlich attraktiver. Es kann nicht sein, dass es
234 billiger ist, in Neuseeland Äpfel anzubauen und diese in deutschen Discountern
235 zu vermarkten, als regional produzierte Äpfel.

236 Wir, die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg, finden, dass Verbraucher*innen endlich
237 dafür sensibilisiert werden müssen, dass ihr Einkaufs- und Konsumverhalten
238 erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel in der Marktwirtschaft
239 produziert werden. Ebenso dürfen Verbraucher*innen nicht alleine gelassen
240 werden. Verpackungen müssen gekennzeichnet sein und zum Nachdenken anregen. Es
241 muss transparent sein, wie viel CO₂ und andere Emissionen durch den Verkauf von
242 verschiedenen Produkten ausgestoßen wurde.

243 Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas, Kindergärten und
244 Schulen wollen wir nicht nur Kinder und Jugendliche sondern auch die
245 Erziehungsberechtigten darüber informieren, welche Vorteile eine ökologisch
246 verträgliche Ernährung hat.

247 Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das Personal von
248 Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative Gerichte in

249 Schulen, Hochschulen und Kliniken muss die Attraktivität veganer Ernährung
250 gesteigert werden. Hier spielen die Kommunen als lokale Akteur*innen auch eine
251 wichtige Rolle in der Förderung von pflanzlicher, fairer, sowie saisonaler und
252 regionaler Kost. Denn wir müssen dringend unseren Fleisch- und Tierprodukte-
253 Konsum reduzieren!

254 Um die Agrarwende zu schaffen müssen Konsument*innen ihr Einkaufsverhalten
255 ändern. Dafür müssen die Preise von tierischen Produkten endlich deren reale
256 Kosten abbilden. Fleischproduktion verursacht enorme CO₂ Emissionen, dies sollte
257 sich im Preis, durch eine CO₂ Bepreisung, klar widerspiegeln. Demgegenüber
258 sollten, in der Produktion weniger CO₂ intensive Lebensmittel preislich
259 attraktiver sein. Das erreichen wir durch eine adäquate Bepreisung von CO₂.

260 Es muss darauf geachtet werden, dass gutes Essen kein Luxus für die Wohlhabenden
261 ist, sondern für alle erschwinglich. Das heißt, dass wir uns auch dafür
262 einsetzen, Bio Essen günstiger zu machen. Es ist gesünder und besser fürs Klima!
263 Deshalb sollte es auch für alle bezahlbar sein. Einen Hebel hierfür sehen wir in
264 einer Novelle der Vergabe der EU-Agrarsubventionen. Weg von konventionellen hin
265 zu sozial-ökologischen Agrarsubventionen.

266 **4. Wirtschaft, Handelsabkommen und Industrietransformation**

267 Natürlich spielt das individuelle Verhalten – wie z.B der Unterschied zwischen
268 einem Konsumverhalten, das auf qualitativ schlechten und dadurch nicht-haltbaren
269 Produkten basiert und einem Verhalten, das auf Recycling und Upcycling basiert –
270 auch eine Rolle im Erreichen unserer Klimaziele. Allerdings können wir hier
271 wenig ändern, wenn die politischen Rahmenbedingungen für ein breites
272 gesellschaftliches Umdenken fehlen.

273 Bei öffentlichen Ausschreibungen dürfen nur Angebote angenommen und Projekte
274 unterstützt werden, die gemeinwohlorientiert sind. Landeseigene Institutionen
275 dürfen keine Finanzierung von nicht-gemeinwohlorientierten oder fossilen
276 Projekten betreiben!

277 Baden-Württemberg hat eine Verantwortung gegenüber dem Rest der Welt. Als
278 reiches Land können wir unsere Klimaziele nicht erreichen, indem wir
279 klimaschädliche Energie oder Rohstoffe aus anderen Regionen importieren.
280 Unternehmen, die in Baden-Württemberg tätig oder ihren Hauptsitz haben, können
281 nicht klima- und menschenfeindliche Profit-fokussierte Geschäfte im Ausland
282 machen und den dortigen CO₂ Ausstoß dann in dem Budget des anderen Landes
283 einfließen lassen. Deshalb fordern wir den Stopp des Handelsabkommens CETA. Bei
284 allen Handelsabkommen, die den Bundesrat passieren müssen, soll Baden-
285 Württemberg darauf bestehen, dass Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz
286 notwendige Bedingungen sind und dass klare Sanktionsmechanismen im Abkommen
287 angegeben werden, falls diese Bedingungen nicht respektiert werden.

288 Baden-Württemberg steht jetzt vor der Herausforderung und hat zugleich die große
289 Chance, seine Industrie klimaneutral umzugestalten. So hat zum Beispiel Bosch
290 angekündigt, dass sie ab 2020 klimaneutral sein wollen. Das ist ein Schritt in
291 die richtige Richtung, aber zum größten Teil wird dieses Ziel durch den Kauf von
292 Emissionszertifikaten erreicht. Diese haben, besonders bei dem aktuell geringen
293 Verkaufspreis, wenig bis keine Lenkungswirkung und auch keine direkte

294 Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoß der Bosch Produktion. Obwohl das Wort
295 „Innovationspolitik“ gut klingt, muss mehr dahinter stehen als beim Beispiel
296 Bosch.

297 Die Dekarbonisierung der Industrie muss sofort anfangen, d.h. wir können es uns
298 nicht mehr leisten, in fossile Infrastruktur oder Technologien, die das
299 klimaneutrale Zeitalter hinauszögern wollen, zu investieren. Darunter sind auch
300 Technologien wie ReFuels, CCS (Carbon Capture and Storage) CCU (Carbon Capture
301 and Utilization). Forschungsgelder, die hier einfließen, müssen sofort
302 umgeleitet auf richtig nachhaltige Technologieentwicklung werden. Durch
303 Subventionen oder Steuervorteile können wir Unternehmen anspornen, in eine
304 klimaneutrale Produktion zu investieren.

305 Müllverbrennung in BW muss drastisch reduziert werden! Wir müssen jetzt damit
306 anfangen, alles, was weggeschmissen wird, zu recyceln. Alle Produkte, die nicht
307 recycled werden, müssen in der Produktion auf das Minimale reduziert werden. Die
308 thermische Verwertung darf nur als allerletzte Option zur Verwertung von nicht
309 mehr anders verwertbaren Produkten verwendet werden.

310 Um innovativ zu bleiben, müssen wir viel mehr in Bildungsmaßnahmen und -Projekte
311 investieren, die es jungen Menschen in Schulen (aber auch älteren Menschen
312 außerhalb des formellen Bildungssystems) ermöglichen, ihre Kenntnisse in
313 relevanten Bereichen weiterzuentwickeln. Themen wie z.B. konkrete
314 Klimaschutzmaßnahmen im Betrieb und nachhaltige Produktion müssen stärker in
315 Schulprogrammen, Ausbildungen und Fortbildungen angeboten werden.

316 Unser Wirtschaftssystem, wie es heute besteht, zerstört unsere Umwelt, das Klima
317 und damit auch die Lebensgrundlagen von Menschen in anderen Erdteilen und
318 zukünftigen Generationen. Um die Ausbeutung unseres Planeten und die
319 unumkehrbare Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu stoppen, müssen wir auch
320 unser Wirtschaften radikal überdenken.

321 Deshalb muss unser wirtschaftliches Handeln schon heute darauf ausgelegt sein,
322 die zukünftigen Folgen des heutigen Handelns zu bedenken. Wir müssen weg vom
323 Raubbau an der Natur und verwendete Rohstoffe effizienter einsetzen und wieder
324 hin zum Denken Produkte für einen langen Gebrauch zu gestalten. Rohstoffe, aller
325 voran seltene Erden, müssen nachdem ein Produkt nicht mehr nutzbar und
326 reparierbar ist recycled werden und dürfen nicht auf Mülldeponien in anderen
327 Ländern landen.

328 **5. Bauen und Wohnen**

329 Die Energiewende im Gebäudebereich ist immer noch in den Kinderschuhen. Doch
330 genau hier brauchen wir dringend klimagerechte Lösungen auf dem Weg in eine CO₂
331 neutrale Zukunft. Dafür brauchen wir ein grundlegendes Umdenken darin, wie wir
332 unsere Gebäude zukünftig bauen.

333 Um den Klimaschutz im Gebäudesektor schnell und nachhaltig auszubauen, müssen
334 wir konsequent und ganzheitlich vom Anfang bis zum Ende denken. Zwar haben wir
335 schon unzählige Zertifizierungen und gesetzliche Vorschriften zum
336 Energieverbrauch von Gebäuden. Doch wie viel Energie bereits mit dem Bau eines

337 Gebäudes und der Herstellung der verarbeiteten Baustoffe freigesetzt wurde, wird
338 viel zu oft vernachlässigt. Deshalb: Graue Energien endlich mit in die
339 Gesamtrechnung! Der Primärenergieverbrauch muss mehr Gewichtung in den Vorgaben
340 von Energieeinsparverordnungen bekommen.

341 Um das zu erreichen, müssen wir weg von der energiefressenden Stahlbetonbauweise
342 und hin zu natürlichen, möglichst unverarbeiteten Naturbaustoffen. Diese bringen
343 für die Klimabilanz einen entscheidenden Vorteil: Pflanzliche Baustoffe sind ein
344 natürlicher Speicher von CO₂ und tragen so dazu bei, dass Gebäude sogar in ihrer
345 Erbauung CO₂ negativ sein können.

346 Auch ein regionaler Bezug der Materialien ist wichtig, um Transportwege und
347 damit verbundene Emissionen einzusparen. Wir wollen in Baden-Württemberg eine
348 nachhaltige Bauwirtschaft, die nicht nur das Klima schützt, sondern
349 gleichermaßen zu einer ökologischen und nachhaltigen Kreislaufwirtschaft
350 beiträgt. Damit das gelingt, müssen wir in Baden-Württemberg unsere Vorgaben an
351 klimaneutrales Bauen in diesen Bereichen überarbeiten, um so eine gesetzlich
352 eindeutige Grundlage zu schaffen. Weiter müssen wir Forschungsprojekte im
353 Bereich des ökologischen Bauens fördern und ausbauen, damit neue Technologien
354 schnell in die Realität umsetzbar werden, denn wir dürfen nicht länger Zeit
355 verlieren. Wir fordern, dass auch private Bauprojekte, die diese Ziele
356 verfolgen, die notwendige Unterstützung bekommen.

357 Zum klimagerechten Bauen gehört, dass wir bereits heute nicht mehr abwendbare
358 Folgen des Klimawandels in die Planungsprozesse mit einbeziehen. Besonders in
359 den Städten werden die Sommer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten immer
360 heißer und unerträglicher für die Menschen werden. Hier müssen wir jetzt schon
361 Maßnahmen einplanen. Vor allem das Klimatisieren in Gebäuden wird unter dieser
362 Ausgangslage ein Aspekt sein, den wir jetzt schon mitbedenken müssen. Zumal
363 Klimatechnik sehr viel Energie benötigt und hier bei falscher Planung CO₂
364 Emissionen entstehen können, mit denen wir heute noch gar nicht rechnen. Auch
365 hier spielt die Auswahl der verwendeten Baustoffe eine enorme Rolle. Deshalb
366 muss die Gebäudedämmung gegen Hitze in der Energieeinsparverordnung von Gebäuden
367 genauso miteinbezogen werden wie Kälteschutzdämmung.

368 Stadtplanung setzt auch dort an, wo städtische Gebäude und Bauten geplant und
369 konzipiert werden. Die Beschaffung, die Art und der Ursprung der Baumaterialien
370 spielen hier genauso eine Rolle, wie die Höhe, die Lage und der energetische
371 Standard des Neubaus. Für eine klimaneutrale Stadt braucht es Passivhausstandard
372 für alle Neubauten und energetische Sanierung des städtischen Bestand auf
373 höchsten Energiestandards. Die Kommunen und das Land müssen Vorreiter*innen für
374 Klimaschutz sein und auf allen eigenen Gebäuden Dach- oder Fassadenbegrünung
375 integrieren. Baden-Württemberg kann, durch mutige Investitionen in
376 Gebäudesanierung von eigenen Gebäuden, ein Antrieb für die weitere Entwicklung
377 und gesamte Vergünstigung des klimaneutralen Bauens sein, der mittelfristig
378 private Unternehmen und Eigentümer*innen anreizt, klimaneutral zu bauen und
379 sanieren. Auf den Dächern aller eigenen Liegenschaften sollen Photovoltaik(PV)-
380 Module installiert werden. Um die Akzeptanz der Energiewende zu fördern sollte
381 dies bei öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und
382 Altersheimen begonnen werden.

383 **6. Soziale Verantwortung: Gerechter Wandel jetzt!**

384 Baden-Württemberg ist eine der reichsten Regionen Europas und hat damit als
385 Wirtschaftsstandort weltweit eine führende Rolle. Mit einer solchen Rolle
386 verbunden ist die globale Verantwortung für die Klimakrise, die aus den
387 historisch bedingten CO₂-Emissionen erfolgt. Diese Verantwortung zu übernehmen
388 bedeutet u.a. Länder des globalen Südens finanziell, durch
389 Klimaausgleichszahlungen, bei der Klimafolgenanpassung zu unterstützen.

390 Sich unserer sozialen Verantwortung bewusst zu werden bedeutet auch
391 international konsequent für Klimaschutz zu stehen. So ist ein Export an
392 deutschem Know-How im Bereich des Kohlekraftwerksbau und der
393 Verbrennungstechnologie, sowie die Finanzierung von fossilen Kraftwerken
394 außerhalb, genau wie innerhalb, Deutschlands strikt abzulehnen. Die Devise
395 lautet nicht: "Ein neues, moderneres Kohlekraftwerk ist besser als ein altes
396 Kohlekraft" sondern "Kein Kohlekraftwerk ist besser als ein Kohlekraftwerk".

397 In Bündnissen wie der "Under2Coalition" wollen wir gemeinsam mit anderen Staaten
398 vermehrt Städte und Regionen unterstützen, die mehr für Klimaschutz tun wollen,
399 aber bei ihren nationalen Regierungen auf Gegenwind oder Desinteresse stoßen.

400 Um den Kampf gegen die Klimakrise auch als Grundwert zu verstehen, wollen wir
401 zukünftig nur noch Handelsabkommen und Handelsbeziehungen mit Staaten und
402 Regierungen aushandeln, die das Klimaabkommen von Paris unterschrieben haben.

403 Global müssen Millionen von Menschen ihr Zuhause verlassen und fliehen u.a. vor
404 Krieg, Verfolgung, Hunger und Armut. Schon heute sind viele der Fluchtursachen
405 indirekte oder direkte Folgen der Klimakrise. Die UN schätzt, dass im Jahr 2050
406 etwa 200 Millionen Menschen aufgrund der Klimakrise aus ihrer Heimat fliehen, da
407 diese unbewohnbar wurde. Um diesen Menschen zu helfen soll es Bewohner*innen
408 solcher Regionen ermöglicht werden, durch eine legale und selbstbestimmte
409 Migration eine neues Zuhause zu finden. Mit diesen sogenannten Klimapässen
410 sollen die Menschen den Status von Staatsbürger*innen mit all ihren Rechten
411 erlangen. Dies soll zusätzlich und nicht alternativ zu bereits bestehenden
412 Initiativen und Programmen für die bedrohten Regionen etabliert werden. So kann
413 eine soziale und die Menschenwürde respektierende Klimapolitik gelingen.

414 Eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft
415 bedeutet aber nicht nur weltweit andere Staaten und Regionen mitzunehmen. Auch
416 innerhalb des Landes müssen alle Bürger*innen beim Klimaschutz mitgenommen und
417 in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation miteinbezogen
418 werden.

419 Die Frage der CO₂-Bepreisung muss zwingenderweise mit einer Umverteilung, in
420 Form eines Energiegeldes, gekoppelt werden. Nur wenn auch wirtschaftlich
421 schwächere Haushalte von Klimaschutzmaßnahmen begeistert und die ökologische
422 Frage mit der sozialen Fragen verbunden werden kann, gelingt uns der
423 Transformationsprozess. Gerade ökonomisch schwächere Menschen profitieren von
424 Klimaschutzmaßnahmen überproportional. So sind es vor allem Menschen mit
425 geringerem Einkommen, die an viel befahrenen Straßen wohnen, die schmutzigen
426 Dieselabgase täglich einatmen und von Luftreinhaltung und Klimaschutz
427 profitieren. Auch Rentner*innen profitieren von richtigem Klimaschutz doppelt.
428 Einerseits werden sie durch ein Energiegeld finanziell entlastet und
429 andererseits sind sie von extremer Hitze durch die Klimakrise besonders bedroht.
430 Der Wandel zu einer klimaneutralen Gesellschaft kann in Baden-Württemberg nur

431 sozial und global gerecht umgesetzt gelingen.
432
433
434
435

^[1] <https://www.theguardian.com/environment/ng-interactive/2019/oct/25/suvs-second-biggest-cause-of-emissions-rise-figures-reveal>

Begründung

Erfolgt mündlich.